



Presseschau vom 17.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

snanews.de: **Kabul nach der Machtübernahme durch die Taliban**

Chaos am Flughafen, Geld des zurückgetretenen Präsidenten Ghani auf dem Flugfeld, geschlossene Banken, „Talibanisierung“ in den Medien und verängstigte Einwohner – SNA bietet ein Bild von der Lage in der afghanischen Hauptstadt am ersten Tag nach der Machtübernahme durch die Taliban an. ...

<https://snanews.de/20210816/afghanistan-kabul-taliban-machtuebernahme-3245287.html>

de.rt.com: **Trotz Milliardenhilfen – Warum ist die afghanische Armee so schnell zusammengebrochen?**

Die Ausbildung und materielle Unterstützung der Afghanischen Nationalarmee verschlangen Milliarden. Trotzdem konnten die Taliban ungehindert auf Kabul vorrücken. Viele Soldaten sind desertiert. Wie konnte es zu dieser vollständigen Niederlage kommen? ...

<https://kurz.rt.com/2mj5>

de.rt.com: **Interview: Militärisches und politisches Scheitern von USA, EU und NATO**

Die Korrespondentin Karin Leukefeld gibt im Interview mit "RT DE" eine erste Einschätzung der aktuellen Situation in Afghanistan. Sie weist darauf hin, welche Schlussfolgerungen aus den schnellen Entwicklungen zu ziehen sind. Die USA, die EU und die NATO seien dort gescheitert. ...

<https://kurz.rt.com/2mkr>

usere-zeit.de: **Erklärung der DKP zur aktuellen Situation in Afghanistan**

Die NATO-Truppen unter Führung der USA und Beteiligung der Bundeswehr sind nach 20 Jahren Krieg und Besatzung aus Afghanistan abgezogen. Sie verlassen ein zerstörtes Land und sind verantwortlich für Kriegsverbrechen, denen zehntausende Zivilisten zum Opfer fielen. Dass NATO-Sprecher und Politiker der deutschen Kriegsparteien nun den Vormarsch der Taliban beklagen, ist Heuchelei. ...

<https://www.unsere-zeit.de/erklaerung-der-dkp-zur-aktuellen-situation-in-afghanistan-159258/>

de.rt.com: **Taliban verkünden Amnestie für Regierungsangestellte - die Angst bleibt**

Nach der Machtübernahme zeigen sich die Taliban in Afghanistan gemäßigt. Unter anderem wurde am Dienstag eine "Generalamnestie" für Regierungsangestellte angekündigt. Aber wie lange hält diese Zurückhaltung an? ...

<https://kurz.rt.com/2mlz>

abends/nachts:

de.rt.com: **Ukraine: Oberbürgermeister von Selenskij's Heimatstadt mit Schusswunde tot aufgefunden**

Der Oberbürgermeister von Kriwoi Rog wurde tot aufgefunden. Er war der einzige Oppositionelle, der eine ukrainische Großstadt regierte. Aus dieser Stadt stammt der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij. Die polizeiliche Ermittlung geht von drei Versionen der Tat aus.

Der Oberbürgermeister der südukrainischen Stadt Kriwoi Rog Konstantin Pawlow wurde am Sonntag tot aufgefunden. Er lag blutüberströmt im Eingangsbereich seines Einfamilienhauses, neben ihm ein automatisches Jagdgewehr Kaliber 7,62. Die einzige Schusswunde an der Brust war laut Polizei die unmittelbare Todesursache.

Der 48-Jährige hatte früher der Partei der Regionen angehört, später hatte er für den damaligen Oberbürgermeister Juri Wilkul gearbeitet. Als der in der Stadt populäre Wilkul bei den Kommunalwahlen Ende 2020 seine Kandidatur überraschend zurückzog, bat er seine Wähler, für Pawlow zu stimmen. Als Kandidat der einzigen oppositionellen Partei im ukrainischen Parlament Werchowna Rada "Oppositionsplattform – Für das Leben" errang er einen haushohen Sieg gegen den Kandidaten der Selenskij-Partei "Diener des Volkes". Kriwoi Rog hat mehr als 600.000 Einwohner und ist eines der wichtigsten Industriezentren des Landes, historisch gehört es zum russischsprachigen Gürtel, der die Regionen im Süden und Osten durchzieht. In dieser Stadt ist der jetzige Präsident Wladimir Selenskij geboren und aufgewachsen.

Die Niederlage gegen die Opposition in der Heimatstadt Selenskij's wurde in der Ukraine als wichtiges Signal für die zunehmende Unbeliebtheit des Präsidenten vor allem bei seiner Stammwählerschaft im Südosten gewertet. Die Parteifreunde Pawlows sehen darin ein Mordmotiv:

"Die Ermordung von Konstantin Pawlow wird von der Oppositionsplattform – Für das Leben als ein weiterer terroristischer Akt gegen unsere Partei betrachtet, der mit Billigung und unter Bedingungen völliger Straffreiheit durchgeführt wurde. Die Henker, die im Interesse der Regierung Selenskij handeln, haben einen weiteren Befehl zur physischen Vernichtung eines der führenden Köpfe der Partei, unseres Bürgermeisters ausgeführt, der einem der größten Industriezentren der Ukraine vorsteht", heißt es in der offiziellen Erklärung, die am Sonntag auf der Webseite der Partei veröffentlicht wurde.

Vertreter der Regierungspartei drohten den Parteiangehörigen öffentlich mit Erschießung, heißt es weiter im Text, das Verbrechen sei deshalb bewusst vorbereitet worden. Selenskij

reagierte schnell auf die Todesnachricht. Er sprach der Familie des Verstorbenen und den Einwohnern der Stadt sein Beileid aus und kündigte an, dass er die Ermittlung seiner persönlichen Kontrolle unterziehen werde.

Bisher geht die Polizei von drei möglichen Tathergängen aus: Mord, Selbstmord und fahrlässiger Umgang mit Waffen. Wie das Nachrichtenportal strana.ua aus den Gesprächen mit den Ermittlern schließt, geht die Polizei inoffiziell von einem Selbstmord aus, obwohl das Motiv noch unklar sei. Grundlage für diese Vermutung seien die Videoaufnahmen der Überwachungsvideos, die angeblich zeigen, wie Pawlow mit dem Gewehr in der Hand durchs Haus geht. Dabei soll er mit jemandem gechattet haben. Es wird ein ungenannter Polizeibeamter zitiert:

"Es wurde ein Überwachungsvideo abgerufen, auf dem deutlich zu sehen ist, wie der verstorbene Bürgermeister mit einer Schrotflinte im Haus herumläuft, sie an sein Herz legt, sie anlegt, weglegt und wieder anlegt. Dann zeigt das Video, wie er eine einzelne Patrone einführt. Er raucht sehr viel. Er chattet mit jemandem. Dann schießt er. Er geht mit dem Rücken zum Ausgang und fällt hin. Es gibt ein Video, auf dem er durch die Vordertür fällt." Passiert sei dies am frühen Sonntagmorgen um halb sieben Uhr, so strana.ua weiter, während die Familie des Oberbürgermeisters noch im Urlaub am Meer verweilte. Pawlow habe keinen Personenschutz gehabt. Leute aus seinem persönlichen Umfeld, der Ex-Gouverneur von Dnjepropetrowsk und Parteikollegen, die mit Pawlow am Vorabend kommuniziert haben, betonen übereinstimmend, dass der Verstorbene ein lebensfroher Mensch gewesen sei und am Vortag keine Anzeichen einer Depression oder trüben Stimmung gezeigt habe.

"In der ukrainischen Politik gibt es weniger Morde, ob vorsätzlich oder versehentlich, als Selbstmorde", schreibt das Portal versii.com und weist auf verdächtig viele Fälle des "fahrlässigen Umgangs mit der Waffe" als Todesursache hin. In diesem Zusammenhang rief der Politologe Wladimir Wolja die Behörden zur lückenlosen Transparenz bei der Ermittlung auf:

"Es liegt in ihrem (der Regierung) Interesse, den Fall schnell zu untersuchen und der Gesellschaft Antworten zu geben. Sonst wird aus diesem Tod ein politischer Mord mit dem Ziel der Verfolgung der Opposition durch eine 'blutige Junta'."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611a548548fbef187d2e677f.jpg>

snanews.de: „Verlassen Sie sofort das Safehouse!“: Bundesregierung soll Rettung von Ortskräften aufgegeben haben

Hunderte Ortskräfte, die für die Bundeswehr und andere deutsche Sicherheitsbehörden in Afghanistan gearbeitet haben, haben offenbar keine Chance mehr, aus dem von den Taliban kontrollierten Land gerettet zu werden. Die Ortskräfte wurden nach Angaben des ZDF-Magazins „frontal“ aufgefordert, die vermeintlichen „Safehouses“ in Kabul zu verlassen.

Das ZDF-Magazin „frontal“ hat eigenen Angaben zufolge mit einem afghanischen Übersetzer in Kabul gesprochen, der mehrere Jahre für die deutsche Bundeswehr in Masar-i-Scharif tätig war. Er gab gegenüber dem Magazin an, am Montagnachmittag einen Anruf erhalten zu haben – es ging bei dem Gespräch darum, dass die Bundesregierung ihm nicht mehr bei der Ausreise aus Afghanistan helfen könne.

„Die deutsche Regierung hat keine Möglichkeit mehr, Sie zu retten. Verlassen Sie sofort das Safehouse!“, hieß es laut dem Mann.

Auf „frontal“-Nachfrage bestätigte der Vorsitzende des Vereins „Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte e.V.“, Marcus Grotian, den Anruf.

„Ich habe 400 Menschen mitgeteilt, dass es für sie keine Hoffnung mehr gibt und die Safehouses aufgelöst werden“, zitiert „frontal“ Grotian.

Der Verein hatte die Safehouses in Kabul mit Spendengeldern finanziert und eingerichtet.

Safehouses von Taliban entdeckt

Laut dem afghanischen Übersetzer hatten sich hunderte afghanische Ortskräfte und Familienmitglieder in drei Safehouses in Kabul aufgehalten, die mittlerweile von den Taliban entdeckt worden seien. Der Übersetzer gab gegenüber dem ZDF-Magazin „frontal“ an, die Taliban würden derzeit auf den Straßen von Kabul patrouillieren und gezielt nach Ortskräften der internationalen Streitkräfte suchen.

Der Mann sagte im „frontal“-Interview, er bedauere zutiefst, für die deutsche Bundeswehr gearbeitet zu haben. Sprecher der Bundesregierung hatten am Mittag noch mitgeteilt, Berlin würde alles tun, um möglichst viele Menschen aus Kabul zu retten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/10/3245555_0:194:2951:1854_1920x0_80_0_0_7d5afee0a7da63563744dbd60c83cde8.jpg

de.rt.com: Ehemaliger afghanischer Gouverneur: "Die amerikanische Freundschaft ist nie eine Freundschaft"

Dr. Abdullah Haiwad, Präsident der Afghanischen Gouverneursversammlung und Ex-Gouverneur der Provinz Ghor, lässt in einem Interview kein gutes Haar am geflohenen Präsidenten Aschraf Ghani. Dieser habe auf Zeit gespielt und verloren.

Dr. Abdullah Haiwad, Präsident der Afghanischen Gouverneursversammlung und ehemaliger Gouverneur der Provinz Ghor in Afghanistan, kritisierte in einem Interview mit RT zum einen den geflohenen Präsidenten Aschraf Ghani und zum anderen auch die USA. Haiwad sei überrascht gewesen, dass Ghani das Land verlassen habe. Er bezeichnete Ghani als eine "sture Person", die eigentlich nicht so leicht aufgeben würde. Zudem sei Ghani ein Präsident gewesen, der das Land quasi im Alleingang regieren wollte, so Haiwad.

Ghani habe seinen Ministern kaum Macht gegeben und versucht, alles selbst zu kontrollieren. Er habe so getan, als könnte er Afghanistan ganz allein wieder aufbauen, so Haiwad. Ghani sei Co-Autor eines Buches mit dem Titel "Einen 'Failed State' wieder reparieren", doch nun

habe sich gezeigt, dass er bei dieser Reparatur gescheitert ist. Alle in Afghanistan stünden nun unter Schock. Man wisse nicht, wo sich Ghani jetzt aufhalte. Es gäbe Spekulationen darüber, dass er in Tadschikistan oder der Türkei sei.

Doch auch die USA werden von Haiwad scharf kritisiert. Diese seien nie ein zuverlässiger Freund für ihre Alliierten gewesen. "Die amerikanische Freundschaft ist nie eine Freundschaft", so Haiwad. Das zeige auch das Beispiel Irak, wo man einen ehemaligen Verbündeten angegriffen und eine zumindest funktionierende Regierung gestürzt habe, um das Land dann quasi dem islamischen Staat zu überlassen. Auch in Syrien und Libyen zeige sich ein ähnliches Vorgehen der USA, so Haiwad. Die USA seien nur so lange ein Verbündeter und Freund, wie es ihren eigenen Interessen diene. Die Ereignisse in Afghanistan seien im Hinblick auf die US-amerikanische Politik eine gute Lektion für alle Politiker in der Welt.

Haiwad erklärte in dem Interview mit RT, dass die Provinzen zumindest versucht hätten, gegen die Taliban zu kämpfen. Doch sie hätten die Taliban nicht aufhalten können. Es sei ein Dominoeffekt eingetreten, eine Provinz nach der anderen sei gefallen. Haiwad bezweifelte auch die Eignung der Führungskräfte in den Provinzen. Es habe sich bei ihnen zumeist um junge Politiker gehandelt, die von Ghani gefördert worden seien. Doch diese jungen Leute seien unerfahren gewesen. Sie seien auch deshalb gefördert worden, weil sie Ghani keinen ernsthaften Widerstand geleistet hätten, sodass er im Hintergrund die Fäden in der Hand behalten konnte, so Haiwad weiter in dem Interview.

Bei den Taliban, die nun wieder die Macht ergriffen haben, handele es sich nicht um die Taliban "von gestern", erklärte Haiwad. Sie seien im Vergleich zu früher weniger extrem. Es sei daher möglich, dass die Taliban eine afghanische Einheitsregierung anstrebten, mit Regierungsmitgliedern, die noch vor Kurzem gegen die Taliban gekämpft hätten. Ghani habe auch den Fehler gemacht, auf frühere Angebote der Taliban nicht einzugehen. Stattdessen habe er vielmehr auf Zeit gespielt, um seine Amtszeit durchzuziehen und das Land so zu regieren, wie er wollte. Das Resultat sei nun die Machtübernahme durch die Taliban.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611a4ad348fbef16fe660735.jpg>

de.rt.com: **Tadschikistan lässt afghanisches Flugzeug mit über 100 Mann Militärpersonal an Bord landen**

Ein afghanisches Flugzeug hat die Grenze zum tadschikischen Luftraum überquert und sandte ein SOS-Signal aus. Eine Landeerlaubnis wurde erteilt. Über 100 Mann afghanisches Militärpersonal befanden sich an Bord der Maschine.

Tadschikistan hat einem Flugzeug aus Afghanistan die Landung auf seinem Hoheitsgebiet erlaubt, nachdem es ein SOS-Signal empfangen hatte. Mehr als 100 afghanische Soldaten und Offiziere befanden sich an Bord. Dies schrieb die russische Nachrichtenagentur TASS mit

Verweis auf die Informations- und Presseabteilung des Außenministeriums der Republik Tadschikistan am Montag. Seitens der tadschikischen Diplomaten hieß es: "Bei Tadschikistan war ein SOS-Signal eingegangen, woraufhin in Übereinstimmung mit internationalen Verpflichtungen der Entschluss gefasst wurde, dem in Afghanistan gestarteten Flugzeug die Landung auf dem Flughafen von Bochtar (Region Chatlon, Tadschikistan) zu gestatten. Es gingen über 100 afghanische Militärangehörige von Bord." Milizionäre der radikalislamischen Taliban drangen am Sonntag kampfflos in Kabul ein, wo sie alsbald dazu übergingen, Regierungseinrichtungen zu besetzen – die landesweit von den Regierungstruppen zurückgelassen worden waren. Die Taliban kontrollieren inzwischen fast das gesamte Staatsgebiet, einschließlich der Gebiete entlang der Grenze zum Iran, zu China, Pakistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan. Der afghanische Präsident Aschraf Ghani floh ins Ausland – bislang ist weder bekannt, wo er sich aufhält, noch, was der geplante Endpunkt seiner Flucht ist. In den Medien der Nachbarländer Afghanistans und der Länder im Nahen Osten werden diesbezüglich Vermutungen aufgestellt – so gibt die iranische Nachrichtenagentur Mehr Informationen wieder, der ehemalige Präsident könnte sich momentan im Oman aufhalten und eine Weiterreise in die USA anstreben. Zuvor hatte die katarische Nachrichtenagentur Al-Jazeera mit Verweis auf "Medienquellen" geschrieben, er sei am Sonntag in Usbekistans Hauptstadt angekommen – dies wurde laut Mehr vom offiziellen Taschkent jedoch bestritten. Bereits bis zum 5. Juli 2021 waren über 1.000 afghanische Soldaten und Offiziere ins benachbarte Tadschikistan geflohen. Das Pressezentrum der Grenztruppen des tadschikischen Staatskomitees für nationale Sicherheit hatte dazu mitgeteilt: "Unter Berücksichtigung des Prinzips über eine gute Nachbarschaft und unter Wahrung der Position einer Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Islamischen Republik Afghanistan durfte das Militärpersonal der afghanischen Streitkräfte tadschikisches Territorium betreten."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611a822d48fbef16fe6607c5.jpg>

snanews.de: Nawalnys Sprecherin zu anderthalb Jahren Freiheitsbeschränkung verurteilt

Ein Gericht in Moskau hat die Sprecherin des inhaftierten oppositionellen Bloggers Alexej Nawalny, Kira Jarmysch, wegen Anstiftung zum Verstoß gegen sanitäre und epidemiologische Vorschriften zu 18 Monaten Freiheitsbeschränkung verurteilt.

„Das Gericht hat eine Strafe in Form von Freiheitsbeschränkung in Höhe von anderthalb Jahren verhängt“, gab eine Presse-Sprecherin des Gerichts am Montag bekannt.

Nach dem Urteil darf Jarmysch im Laufe der festgesetzten Frist keine Massenveranstaltungen besuchen und nicht daran teilnehmen. Zudem darf sie ihren ständigen Wohnsitz nicht

wechseln, ohne den zuständigen Vollstreckungsbeamten darüber in Kenntnis zu setzen. Ohne Einwilligung der zuständigen Behörde darf sie nicht nach außerhalb von Moskau und des Moskauer Gebietes reisen. Außerdem muss sie sich monatlich bei der Strafvollzugsbehörde melden.

Die Staatsanwaltschaft hatte für Jarmysch eine zweijährige Freiheitsbeschränkung beantragt. Die Anklage warf Jarmysch vor, zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Protestaktion aufgerufen zu haben, die am 23. Januar stattgefunden hatte. Die Teilnehmer der Veranstaltung, darunter auch Covid-19-Erkrankte, hätten „die Gefahr einer Massenerkrankung“ geschaffen, hieß es.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig: Innerhalb von zehn Tagen darf die Verurteilte Berufung dagegen einlegen.

Jarmysch bezeichnete das Urteil und die Strafe als „ungerecht“. Allerdings bereue sie nichts und bedauere auch nichts, schrieb sie auf Twitter. Selbst wenn sie die Möglichkeit einer Zeitreise bekäme, um alles zu verbessern, würde sie das Gleiche tun.

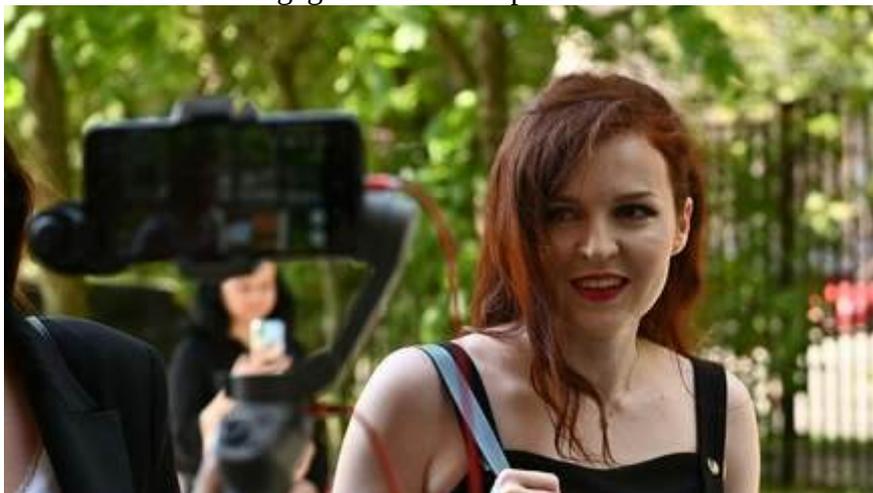
Im Rahmen desselben Vorwurfs waren unter anderem bereits Ljubow Sobol, eine Anwältin von Nawalnys „Antikorruptionsstiftung FBK“, und Nawalnys Mitstreiter Nikolai Ljaskin zu Freiheitsbeschränkung von eineinhalb beziehungsweise einem Jahr verurteilt worden. Die „Antikorruptionsstiftung FBK“ wurde im Juni von einem Gericht als extremistische Organisation eingestuft. FBK-Aktivitäten sind auf dem Territorium Russlands daher untersagt. Zuvor war die Einrichtung vom russischen Justizministerium als Auslandsagent eingestuft worden.

Während der Freiheitsbeschränkung dürfen Sobol und Ljaskin ihre Wohnungen nachts nicht verlassen, nicht an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen und nach außerhalb der Region reisen. Dreimal im Monat müssen sie sich bei der Aufsichtsbehörde melden.

Navalnys Bruder Oleg, der bereits vorbestraft war und eine 12-monatige Freiheitsstrafe im Fall Yves Rocher bereits abgesessen hatte, wurde wegen desselben Vorwurfs zu einer einjährigen Bewährungsstrafe verurteilt.

Am 23. und 31. Januar, 2. Februar und 21. April hatten in verschiedenen russischen Städten nichtgenehmigte Protestaktionen zur Unterstützung von Alexej Nawalny stattgefunden.

Wegen Angriffen auf Sicherheitskräfte, Rowdytums und anderer Straftaten, die bei diesen Veranstaltungen begangen worden waren, wurden mehrere Strafverfahren eingeleitet. Die Kremlgegner kritisieren, dass die Behörden selbst Massenveranstaltungen zulassen würden, bei denen Menschen gegen die Maskenpflicht verstoßen würden.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/10/3245915_0:0:2880:1620_1920x0_80_0_0_d3d3b45465e88bfc784ec1d42b9fa20a.jpg

snaneews.de: **Auf US-Initiative: Lawrow und Blinken telefonieren zu Lage in Afghanistan**
Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-Amtskollege Anthony Blinken

haben in einem Telefonat am Montag die Lage in Afghanistan erörtert, die nach der Flucht von Präsident Ashraf Ghani entstanden ist. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Außenministeriums hervor.

Demnach fand das Telefongespräch auf Initiative der US-amerikanischen Seite statt.

Bei dem Telefonat sei die Situation in Afghanistan besprochen worden, die sich nach der Flucht des Staatsoberhauptes aus dem Land, dem Zusammenbruch der derzeitigen Machtoorgane und dem de facto geschehenden Regimewechsel gestalte.

Blinken habe über die Maßnahmen berichtet, die die US-Regierung im Zusammenhang mit der Evakuierung des Personals der US-Botschaft in Kabul ergreife, sowie über die dringenden humanitären Aufgaben, die sich aus der derzeitigen Situation ergeben würden.

Lawrow habe seinen US-amerikanischen Amtskollegen über die russische Einschätzung der Lage und die Kontakte der russischen Botschaft mit Vertretern aller wichtigsten politischen Kräfte in Afghanistan zur Förderung der Stabilität und Rechtsordnung informiert.

Die beiden Außenminister hätten vereinbart, die Konsultationen mit Vertretern Chinas, Pakistans, anderer interessierter Länder und der Vereinten Nationen fortzusetzen, um zur Schaffung von Voraussetzungen für einen „inklusiven innerafghanischen Dialog unter den neuen Bedingungen“ beizutragen, hieß es in der Mitteilung.

Die Lage in Afghanistan hatte sich in den zurückliegenden Wochen deutlich verschärft, als die Taliban eine Offensive auf mehrere große Städte unternommen hatten. Inzwischen haben sie eine Stadt nach der anderen teilweise kampflos eingenommen. Am Sonntag drangen die Taliban-Kämpfer auch in die Hauptstadt Kabul ein und brachten den Präsidentenpalast unter ihre Kontrolle. Der Präsident, Aschraf Ghani, verließ das Land, um „Blutvergießen zu verhindern“, wie er das zum Ausdruck brachte. Medienberichten zufolge hatten die Taliban am Sonntag alle Grenzübergänge unter ihrer Kontrolle.

Am späten Sonntagabend äußerte der Taliban-Sprecher Mohammad Naeem gegenüber dem Sender Al Jazeera, dass der Krieg im Land „vorbei“ sei. Bald werde klar sein, wie das Land künftig regiert werde.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/1a/1866391_0:41:3069:1767_1920x0_80_0_0_cf99e5032e516808fa619daa44b5b80f.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. August 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurde **Solotoje-5** unter Einsatz von Granatwerfern und 120mm-Mörsern, insgesamt wurden **16 Geschosse** abgefeuert..

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch

ermittelt.

snanews.de: **Russlands Außenministerium: Erfolg der Taliban ist gesetzmäßige Folge der US-Politik**

Die Geschehnisse in Afghanistan sind eine gesetzmäßige Folge des US- und Nato-Truppenabzugs, teilte der stellvertretende Außenminister Alexander Gruschko am Dienstag gegenüber SNA mit.

„Jugoslawien, Libyen, jetzt Afghanistan. Hätte es etwa andere Erwartungen geben können? Eine Billion ist umsonst ausgegeben worden.“

Gruschko erinnerte daran, dass die Nato 20 Jahre lang von partnerschaftlichen Beziehungen mit Afghanistan gesprochen hat. Dem nordatlantischen Bündnis zufolge „unterstützen die Nato-Verbündeten und ihre Partner weiterhin Afghanistan, seine Bevölkerung und seine Institutionen, fördern die Sicherheit und verteidigen die in den letzten Jahren hart erarbeiteten Errungenschaften“.

Aber als die USA ihre Truppen abgezogen hatten, präsentierte sich das transatlantische Bündnis „in voller Schönheit“, so der stellvertretende Minister.

Laut ihm hatte Russland in der Vergangenheit Hilfe angeboten und vorgeschlagen, einen Algorithmus der Zusammenarbeit mit Afghanistan bei Krisensituationen auszuarbeiten, aber die Allianz zeigte kein Interesse.

Gruschko zufolge wollte die Nato auch keinen Dialog mit der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit aufnehmen.

„Das Ergebnis dieser Arroganz sind unverschämte Aufforderungen an die Länder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Weißrussland – Red.), die Grenzen für diejenigen zu öffnen, die mit der Nato zusammengearbeitet haben“, so der stellvertretende Minister.

Die Situation in Afghanistan eskalierte letzte Woche, als die militant-islamistischen Taliban in Afghanistan praktisch die Macht übernommen hatten. Der afghanische Präsident Aschraf Ghani floh aus Kabul mit Autos, die angeblich mit Geld gefüllt waren. Tausende von Afghanen begaben sich zum Flughafen von Kabul, wo US-Soldaten das Feuer auf sie eröffneten. Berichten zufolge kamen bei den Schüssen und dem Gedränge mindestens sieben Menschen ums Leben.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/10/3232929_0:0:2560:1440_1920x0_80_0_0_0d5f3c6aa4cf90f7c37bc9ad32707121.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. August 3:00 Uhr bis 17. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen

Zentrum zur Kontrolle und Koordination fünf Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die Ortschaften: **Golmowskij, Spartak, Donezk (Flughafen), Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 46.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Taliban verkünden Generalamnestie für Regierungsmitarbeiter**

Vertreter der Taliban-Bewegung haben am Dienstag eine Generalamnestie für alle Regierungsmitarbeiter des Landes verkündet. Dies meldet AFP.

Die Amnestie betreffe ausnahmslos alle.

„Sie sollten mit vollem Vertrauen in Ihren Alltag zurückkehren“, hieß es in der Taliban-Erklärung. ...

Lug-info.com: In der LVR sind am 17. August um 9:00 Uhr 7816 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 6189 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 724 Todesfälle.

de.rt.com: **Nur zum Training irakischer Truppen gegen IS: US-Militär baut Luftwaffenstützpunkt weiter aus**

Die USA wollten ihre Soldaten aus dem Irak abziehen. Entgegen dieser Ansage soll Washington jedoch keine Kosten und Mühen scheuen und den Luftwaffenstützpunkt in der Provinz al-Anbar weiter ausbauen. Die Soldaten sollen bleiben und die Iraker im Kampf gegen die Terrororganisation IS trainieren.

Der iranische General der Al-Quds-Brigaden Qassem Soleimani war im Irak durch einen Drohnenangriff der USA getötet worden. Es folgten Proteste gegen die Präsenz des US-Militärs. Der Iran drohte mit Vergeltungsmaßnahmen. Der US-Luftwaffenstützpunkt 160 Kilometer westlich der irakischen Hauptstadt Bagdad wurde als Folge immer wieder Ziel von Drohnen- und Raketenangriffen. Mehr als 100 US-Soldaten sollen sich hierdurch "traumatische Gehirnerkrankungen" zugezogen haben.

Parteien mit Verbindungen zum Iran fordern den kompletten Abzug des US-Militärs. Rund 2.500 US-Soldaten sind im Irak stationiert. An dieser Zahl wird sich voraussichtlich so schnell nichts ändern. Nach Angaben Washingtons konzentriert sich die Präsenz der US-Truppen fortan auf das Training irakischer Streitkräfte im Kampf gegen die Terrororganisation IS.

Neue Gebäude und mehr Land für US-Militär

Den arabischsprachigen Nachrichten Maalomah berichtete eine nicht benannte Quelle von dem Ausbau des Luftwaffenstützpunkts. Sogar ein neues Raketenabwehrsystem gehöre zu den neuen Installationen der US-Truppen. Die Quelle kritisierte, dass die Bezirksregierung nicht

miteinbezogen wurde. Der Ausbau stehe in Verbindung mit dem Büro der irakischen Führung und sei vom Premierminister Mustafa Al-Kadhimi abgesegnet worden. Der irakische Premierminister zu den Beziehungen seines Landes mit den USA: "Heute ist unsere Verbindung stärker als jemals zuvor. Unsere Kooperation findet für die Wirtschaft, die Umwelt, die Gesundheit, die Kultur und mehr statt."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611a9bfb48fbef172614e74d.jpg>

Mzdnr.ru: Am 16. August wurden in der DVR 1204 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 373 positiv, bei 87 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 17. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 52.469 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5368 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 43.259 als gesund entlassen, es gibt 3842 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 190 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 48 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 128 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2216 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 812 mit Sauerstoffunterstützung (+71 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2245 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Rettung aus Kabul: Hunderte Afghanen in US-Transporter, sieben Personen in deutscher Maschine**

Chaotische Umstände am Flughafen Kabul führen bei der Evakuierung zu teils absurden Situationen. Während am Montagabend endlich die erste Maschine der Bundeswehr mit gerade einmal sieben Menschen an Bord abhob, flogen in einem US-Militärtransporter mehr als 600 Zivilisten dicht gedrängt in Sicherheit. Mit dem deutschen Flieger kamen aber Fallschirmjäger zur Sicherung der weiteren Rettungsmission.

Die eilig geplante Rettungsaktion für deutsche Staatsangehörige und afghanische Ortskräfte ist bislang von wenig Erfolg gekrönt. Von vier Airbus A400M mussten am Montag drei nach stundenlangen Warteschleifen abdrehen. Der vierten Maschine gelang schließlich die Landung im letzten Moment. Grund für die Verzögerung war, dass sich immer noch Menschen auf dem Rollfeld aufhielten und eine sichere Landung nicht möglich war.

Aus deutschen Regierungskreisen heißt es, dass nur sieben Personen mit der Maschine gerettet werden konnten. Grund sei die von den Taliban verhängte Ausgangssperre ab 21 Uhr. Mit der Maschine kamen auch Fallschirmjäger am Flughafen an, die das Gelände absichern sollen.

"Wir haben es gestern geschafft, in einer wirklich halsbrecherischen Landung unsere Maschine zu Boden zu bringen. Wir haben vor allen Dingen Soldaten dorthin gebracht, die jetzt absichern, damit die Leute, die wir ausfliegen wollen, auch überhaupt die Möglichkeit haben, zum Flugzeug zu kommen. Das war gestern der Hauptauftrag", so Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im ARD-Morgenmagazin. Laut einem Regierungsbericht, der Business Insider vorliegt, ist der Flughafen von den Taliban umstellt. Es sei daher momentan zu gefährlich, Botschaftsmitarbeiter zum Flughafen zu bringen.

Die C-17 Globemaster der US Air Force, die gestern vom Flughafen startete, soll nach Zählung etwa 640 Afghanen an Bord gehabt haben.

"Robuste Kräfte an Land bringen"

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Johann Wadephul, sagte im Deutschlandfunk zu der Zahl: "Das stimmt. Es sind nur sieben. Wir hatten nur einen ganz kurzen Slot von 30 Minuten für die Maschine, und wir konnten nur die mitnehmen, die jetzt da waren. Es wäre auch unverantwortlich gewesen, weil gar nicht sicher war, dass die Maschine landen konnte, mehr dort jetzt schon zum Flughafen zu bringen". Der wesentliche Zweck der ersten Landung sei es gewesen, "robuste Kräfte an Land zu bringen, zum Flughafen", um ein Lagebild zu bekommen.

Zusätzlich zu seinen eigenen Diplomaten und Bürgern will Deutschland auch Einheimische evakuieren, die seine Streitkräfte unterstützt haben. Mehr als 1.800 dieser Afghanen und deren Familienangehörigen sind nach Angaben der Bundeswehr bereits in Deutschland eingetroffen, von einer erwarteten Gruppe von fast 2.500.

Bundeskanzlerin Merkel plant jedoch, insgesamt etwa 10.000 Afghanen aufzunehmen, wie sie ihren Parteikollegen am Montag mitteilte. Darunter befänden sich Aktivisten, Anwälte und andere Personen, die von der Taliban-Herrschaft bedroht seien, berichtete Reuters.

Ministerin Kramp-Karrenbauer sagte in der ARD: "Wir haben jetzt alles über Nacht für die Evakuierung vorbereitet". Sie fügte an: "Die zweite Maschine wartet gerade auf die Freigabe der Amerikaner, dass sie nach Kabul aufbrechen kann, damit wir mit den Evakuierungen beginnen können".

Nach Angaben von Kramp-Karrenbauers gibt es zwei Szenarien. Nach dem ersten könne der Flughafen nur für einen kurzen Zeitraum offengehalten werden. "Dafür haben wir auch sehr robuste Kräfte jetzt vor Ort und verstärken weiter." Das zweite Szenario sei der Aufbau einer richtigen Luftbrücke. Dafür seien am Ende bis zu 600 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen. Die Ministerin kündigte zugleich eine Aufarbeitung der jüngsten Ereignisse an. "Es gibt vieles, was wir auch innerhalb der NATO aufarbeiten müssen. Es wird dann aber auch die Fragen an uns geben, inwieweit wir bereit sind, die Konsequenzen zu tragen, und inwieweit wir bereit sind, auch Maßnahmen zu ergreifen, die wir bisher den Amerikanern überlassen haben."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611b778e48fbef4e134837ca.png>

nachmittags:

snanews.de: Bundesregierung setzt Entwicklungshilfe für Afghanistan aus

Nach der faktischen Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban in Afghanistan hat die Bundesregierung die staatliche Entwicklungshilfe für das Land ausgesetzt.

Das sagte Entwicklungsminister Gerd Müller am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur und der „Rheinischen Post“.

Alle deutschen und internationalen Mitarbeiter der für die staatliche Entwicklungshilfe zuständigen Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hätten sicher das Land verlassen.

„Wir arbeiten mit Hochdruck daran, Ortskräfte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und mit uns kooperierender Hilfsorganisationen, die dies wollen, sicher aus Afghanistan zu bringen“, ergänzte Müller.

Afghanistan war bisher die Nummer eins unter den Empfängerländern deutscher Entwicklungshilfe. Für dieses Jahr waren 250 Millionen Euro veranschlagt. Davon ist aber noch kein Euro ausgezahlt worden. Daneben flossen bisher Gelder aus anderen Ressorts an Afghanistan, zum Beispiel für humanitäre Hilfe oder Polizeiausbildung. Insgesamt hatte Deutschland für dieses Jahr 430 Millionen Euro zugesagt.

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 17.08.2021

In den letzten 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus das **Gelände des Flughafens** von Donezk mit Antipanzergranatwerfern beschossen, außerdem wurde **Spartak** beschossen, wobei 18 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert wurden.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer des 108. Gebirgsturmbataillons der 10. Brigade von den Positionen in Metallist aus **Golmowskij** beschossen und fünf 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus zweimal **Leninskoje** beschossen und 19 Granaten abgefeuert, außerdem wurden Schusswaffen eingesetzt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im

Gebiet von Wodjanoje aus den Beschuss mit automatischen Granatwerfern in Richtung **Leninskoje** fortgesetzt.

Kämpfer der 58. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Spartak** mit Granatwerfern beschossen und 39 Granaten abgefeuert sowie Schusswaffen eingesetzt. Die Fälle von Beschuss wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern. Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Um weiteren Beschuss zu verhindern sowie angesichts der Gefahr, die durch die Detonationen ukrainischer Geschosse für Leben und Gesundheit der Einwohner entsteht, waren die Einheiten der Volksmiliz geleitet von den Punkten „d“ und „e“ des zusätzlichen Komplexes von Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands gezwungen, das **Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners** zu erwidern.

Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in das Geschehen einzumischen und Einfluss auf die BFU auszuüben, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueinstellung und zur Beendigung des Terrors gegen die friedliche Bevölkerung der Republik zu zwingen.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 58 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

Jenseits der Abzugslinien, aber außerhalb der vorgesehenen Lagerorte für Waffen wurden 21 Schützenpanzerwagen und ein Abwehrgeschütz „Tunguska“ an der Eisenbahnstation von Konstantinowka bemerkt.

An der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk wurden 23 Artilleriegeschütz „Pion“, 12 Haubitzen „Akazija“ und ein T-64-Panzer bemerkt.

Uns wurden die **Umstände eines Verkehrsunfalls** bekannt, der **am 16. August nicht weit von Mariupol** auf von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertem Territorium unter Beteiligung eines militärischen und eines zivilen Fahrzeugs geschah.

Der Fahrer des Militärfahrzeugs, der betrunken war, fuhr auf der Strecke Mariupol – Melkino von einer Nebenstraße auf die Hauptstraße, dabei musste der Fahrer des zivilen Audi in den Straßengraben fahren, um einem Zusammenstoß auszuweichen. Das Fahrzeug vom Typ Toyota floh vom Unfallort und der Fahrer des Audi, geb. 1984, wurde mit einem Schlüsselbeinbruch ins Krankenhaus eingeliefert.

Später gelang es Mitarbeitern der Polizei den Schuldigen an dem Unfall festzunehmen. Nach uns vorliegenden Informationen saß am Steuer des „Toyota Land Cruiser“ mit der Militärnummer 0078 A2 der Kommandeur einer gemischten Abteilung des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen, Hauptmann 2. Ranges Nikonow, der vom Mariupoler Flugplatz, wo seine Einheit stationiert ist, kam. Bei einer medizinischen Untersuchung wurde im Organismus des Offiziers für informationspsychologische Operationen 1,8 Promille Alkohol gefunden.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Anlass dafür, dass der Offizier Alkohol getrunken hatte, war, dass es am 1. August 2021 einen Erlass des Kommandeurs der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte über eine personelle Säuberung im 74. und 83. Zentrum für informationspsychologische Operationen im Zusammenhang mit der geringen Effektivität bei der Ausführung von Aufgaben in der OOS-Zone gab. Wir erinnern daran, dass allein in einer zusammengesetzten Abteilung des 83. Zentrums bei Mariupol 60 ukrainische Pseudospezialisten für Information und Propaganda sind.

Ein weiterer kampfbedingter Verluste in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine ereignete sich in der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte. Die neu in der OOS-Zone zur Einnahme von Positionen eingetroffenen Kämpfer des 1. Bataillons der 25. Brigade stießen traditionsgemäß auf das Problem des Fehlens von Berichtsdokumenten über die Lage von Sprengeinrichtungen. Bei einer Untersuchung der Örtlichkeiten im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja im Frontbereich durch Kämpfer des 2. Zuges des 1. Bataillons der Brigade ging eine Mine los, die von aus der OOS-Zone abgezogenen Kämpfern der 72. Brigade installiert worden war. Es wurde festgestellt, dass infolge der Detonation ein Kämpfer der 25. Brigade, der Soldat Pustowojt, Splitterverletzungen am Gesäß und an der Wirbelsäule erlitt. Er wurde in das militärmedizinische Hospital in Krasnoarmejsk eingeliefert, sein Gesundheitszustand ist ernst.

Sputnik.by: **Zusammenbruch: Lawrow äußerte sich zur Lage in Afghanistan**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete die Lage in Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban als Zusammenbruch, er sagte dies in einer Rede vor Lehrern und Studenten der Baltischen Föderalen Universität „Immanuel Kant“.

Der Außenminister stellte fest, dass derzeit die gemeinsame Arbeit Russlands und der Europäischen Union zu verschiedenen Themen besonders gefragt sei.

„Und dies hat sich vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Lage in Afghanistan nach dem überstürzten Abzug der USA und der Nato von dort wieder sehr, sehr deutlich gezeigt“, sagte Lawrow.

Lage in Afghanistan

Vor dem Hintergrund des Abzugs von US- und Nato-Truppen eskalierte die Lage in Afghanistan schnell: Die Taliban begannen, eine Großstadt nach der anderen zu erobern. Am Sonntag drangen sie in Kabul ein und übernahmen die Kontrolle über den Präsidentenpalast. Der Präsident des Landes, Ashraf Ghani, verließ seinen Posten und flog nach Tadschikistan. In der Nacht zum Montag sagte der offizielle Vertreter des politischen Büros der Taliban (eine in Russland verbotene Organisation), Mohammad Naim, dass der Krieg in Afghanistan vorbei sei und die Regierungsform des Staates in naher Zukunft klar werden würde.

EU versucht Russland zu bestrafen

Die Kolleginnen und Kollegen aus der Europäischen Union müssten erkennen, dass sie mit dem Wunsch, Russland zu bestrafen, nichts gewinnen werden und dass es kein einseitiges Spiel geben werde, sagte der Außenminister.

„Wir werden grundsätzlich auf alle unfreundlichen Schritte nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit reagieren müssen, die niemand in der Außenpolitik und Diplomatie abgeschafft hat“, sagte Sergej Lawrow.

Er betonte auch, dass Russland bereit sei, jegliche Kontakte mit der EU wieder aufzunehmen, deren Führung nach dem Referendum auf der Krim im Jahr 2014 den Kontaktplan mit Moskau verworfen hat.

Sergej Lawrow drängte darauf, die Illusion beiseite zu legen, die Europäische Union sei das Ideal eines demokratischen Systems und "ein hochrangiger Kamerad, dem alle gehorchen müssen".

„Das hat es schon lange nicht mehr gegeben“, sagte der Chef des russischen Außenministeriums.

Er erklärte auch, dass die russische Seite daran interessiert sei, "mit Nachbarn auszukommen, mit ihnen Handel zu treiben, Erfahrungen auszutauschen, sie zu besuchen und Freunde zu finden".



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/08/11/1055728778_0:149:3073:1877_1920x0_80_0_0_38ae53d2324d7cc78e764b8d5395e733.jpg

snanews.de: Nord Stream 2 auf letzter Meile stoppen: Lawrow kritisiert EU-Kommission

Der russische Außenminister Sergej Lawrow rechnet mit weiteren Angriffen aus Brüssel gegen die Gaspipeline Nord Stream 2, geht aber davon aus, dass Russland seine Rechte in diesem Pipelineprojekt durchsetzen wird.

Auch wenn nach Darstellung des russischen Außenministers damit zu rechnen ist, dass Brüssel sich weiter bemühen wird, die Fertigstellung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 noch zu verhindern – Aussichten auf Erfolg beim Hintertreiben dieses Pipelineprojekts hat die EU-Kommission keine: „Ich bin davon überzeugt, dass alle Versuche, die Fertigstellung der Pipeline abzuwenden, anzufechten, mit Vorbehalten aller Art zu belasten, zum Scheitern verurteilt sind. Aber es wird solche Versuche geben“, sagte Lawrow in einer Fachkonferenz an der Immanuel-Kant-Universität in Kaliningrad am heutigen Dienstag.

Er kritisierte den Umgang der EU-Kommission mit Nord Stream 2 als unredlich, weil die Kommission das Pipelineprojekt entgegen juristischen Auffassungen nachträglich dem sog. Dritten Energieprojekt unterwerfen will. Dieser Maßnahmenkatalog der EU sieht unter anderem die Entflechtung von Pipelinebetreibern und Gasanbietern vor.

Die nachträgliche Anwendung dieses Regelwerks auf Nord Stream 2 ist laut Lawrow ein weiterer Versuch, das Projekt als solches zu hintertreiben. „Solche Versuche sehen wir durchaus kommen. Aber ich will es noch einmal sagen: Aufseiten des Projekts stehen nicht nur die Beschlüsse zweier Länder, Russlands und Deutschlands, von zahlreichen EU-Mitgliedern mitgetragen. Auf seiner Seite steht auch die juristische Wahrheit, für die wir einstehen werden.“

Die Wirtschaft halte ohnehin nach wie vor zu Nord Stream 2: „Nehmen Sie die Unternehmen, die das Projekt realisieren, die es initiiert und finanziert, die es bis zur letzten Meile fertiggestellt haben – sie haben es nie in Frage gestellt.“

Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2

Die Gasleitung Nord Stream 2 soll russisches Erdgas über die Ostsee nach Deutschland zur Weiterleitung in andere EU-Staaten transportieren. Betreiber der Pipeline ist die Nord Stream 2 AG, eine Tochtergesellschaft des russischen Energiekonzerns Gazprom. Europäische Energiefirmen wie Shell, OMV, Uniper und Wintershall sind mit dreistelligen Millionenbeträgen am Projekt beteiligt.

Die USA versuchten gemeinsam mit Verbündeten in der EU, das russisch-europäische Pipelineprojekt durch Sanktionen zu verhindern, auch um Vorzugsbedingungen für das amerikanische Flüssiggas in Europa zu schaffen. Die Bundesregierung hat jedoch im Juli dieses Jahres mit der Biden-Administration eine Einigung zur Fertigstellung von Nord Stream 2 erzielt. Demnach sind zumindest vorläufig keine weiteren Sanktionen gegen das

Pipelinevorhaben geplant.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/11/3253222_0:0:3106:1748_1920x0_80_0_0_8f52fdf55fe1b93f0c65ba5d65b13530.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden vier Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus viermal das Gebiet von **Solotoje-5** mit Antipanzerraketenkomplexen, 120mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um eine Beschuldigung der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Im Zusammenhang mit dem Fehlen einer adäquaten Reaktion der ukrainischen Seite auf die Einschaltung des von Punkt „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung vorgesehenen Koordinationsmechanismus durch uns waren die Einheiten der Volksmiliz geleitet durch den Befehl des obersten Kommandeurs der **Volksmiliz der LVR** zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners, die das Leben ziviler Einwohner und von Soldaten bedrohte, **gezwungen, das Feuer zu erwidern**. Die Verluste der Kämpfer werden noch ermittelt....

de.rt.com: Kabul: Keine Evakuierung russischer Diplomaten, Botschaft funktioniert routinemäßig

In einem Interview mit RT hat der russische Botschafter in Kabul versichert, es bestünden keine Gründe für eine Evakuierung russischer Diplomaten aus Afghanistan. Die Botschaft funktioniere routinemäßig und die Taliban hätten die Sicherheit des Personals garantiert. Der russische Botschafter in Kabul, Dmitri Schirnow, hat am Montag in einem Interview mit RT die Meldungen einiger Medien dementiert, dass die russischen Diplomaten aus Afghanistan evakuiert würden. Die Botschaft funktioniere routinemäßig. Die Taliban garantierten die Sicherheit des Personals, das Territorium der Botschaft werde von bewaffneten Taliban-Einheiten bewacht:

"Heute Morgen kam zu uns eine Einheit mit einem zuständigen Leiter. Er informierte uns, sie würden für unsere Sicherheit und Ruhe verantwortlich sein, damit niemand uns angreifen oder verletzen könnte. Sie hätten schon mehrmals unsere Sicherheit garantiert und dies gelte auch heute. Ein Wachwechsel fand statt."

In Bezug auf die Politik Moskaus gegenüber Kabul nach der Machtübernahme der Taliban betonte Schirnow, Russland wolle, dass Afghanistan ein zivilisierter, von Drogen und Tyrannei freier Staat wird, wo Menschenrechte gewahrt werden und der außerdem gute Beziehungen zu anderen Ländern hat. Es sei noch zu früh, um die weitere Politik der Taliban zu beurteilen.

Dem Diplomaten zufolge hätten in Kabul kurz vor dem Machtwechsel Anarchie und Chaos geherrscht. Ständig hätte es Schießereien gegeben und die Stadt wäre von Kriminellen geplündert worden. Nachdem die Taliban-Truppen in Kabul eingezogen sind, sei die Lage ruhig.

Nach Angaben des Botschafters hätten sich etwa 50 russische Bürger an die Botschaft mit einem Antrag auf Hilfe bei der Ausreise aus Afghanistan gewandt. Der direkte kommerzielle Luftverkehr zwischen Afghanistan und Russland ist eingestellt. Schirnow zufolge sei dies nicht wegen der Taliban-Situation, sondern aufgrund der Corona-Pandemie passiert. Die Bürger hätten der Botschaft nichts über Drohungen seitens der Taliban berichtet. Dem Diplomaten zufolge wollten die meisten aus familiären Gründen ausreisen.

Für die heutige Lage macht Schirnow die Aktivitäten der USA in Afghanistan verantwortlich, die auf interne PR-Zwecke zurückzuführen seien. Die militärischen Aktionen, einschließlich der Bombenanschläge, die zu zivilen Opfern geführt hatten, hätten in der Bevölkerung Ressentiments hervorgerufen. Die Präsenz der USA und der NATO auf afghanischem Boden sei zunehmend als Besatzung betrachtet worden. Die Taliban hätten in der Zwischenzeit an Popularität bei der einfachen Bevölkerung gewonnen. Korruption und Vetternwirtschaft, in die die inzwischen gestürzte Regierung angeblich verwickelt war, hätten zudem zur Sympathie einiger Bürger gegenüber den Taliban beigetragen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611b7a8b48fbef49ff02b7dd.jpg>

Dan-news.info: Ein Gedenkstein für die getöteten Einwohner und Verteidiger der DVR wurde in Kirowskj in der Allee des Ruhmes aufgestellt.

An der Veranstaltung nahmen der Leiter des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Alexej Muratow, der Abgeordnete des Volkssowjets Abdu Tamer Chassan, der Bürgermeister Sergej Jermakow und Verwandte der Toten teil.

„So ist es, dass der August einer der tragischsten Zeitspannen in der Geschichte unserer Bergbaustadt Kirowskoje ist. Nach dem Staatsstreich in der Ukraine haben Kämpfer versucht,

den Donbass, auch Kirowskoje, vom Angesicht der Erde zu tilgen. Aber diese Banditen trafen auf heftigen Widerstand von Seiten der Volksmiliz des Donbass und der Einwohner“, sagte Muratow.

Die Veranstaltung begann mit einem Trauergottesdienst. Dann wurde der Gedenkstein eingeweiht. Schon 2016 war die Idee, ihn zu errichten, aufgekommen. Der Entwurf wurde im Rahmen des „Fließbands der Ideen“ auf dem ersten gesellschaftlich-politischen Jugendforum der DVR „SSSR“ vorgestellt. Auf dem Stein ist ein Gedicht der Poetin Tatjana Filatowa aus Kirowskoje eingraviert. Eine Rose symbolisiert die Republik.

Zum Abschluss legten die Anwesenden Blumen an den Gedenkstein und ließen weiße Luftballons aufsteigen.

Kirowskoje befindet sich etwa 20km von Charzysk entfernt. Der Beschuss der Stadt begann am 17. August 2014 und dauerte bis zum 18. Februar 2015. In der Zeit des Konflikts starben in der Stadt 28 zivile Einwohner, darunter drei Kinder, durch das Feuer der ukrainischen Streitkräfte. 55 Gebäude wurden beschädigt. Einige davon bis auf die Grundmauern zerstört.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2021/08/dan-news.info-2021-08-17_14-40-13_155084-dsc-7805-1024x678.jpg

snanews.de: **Nordmazedonien: Weiterer russischer Diplomat zur Persona non grata erklärt**

Nordmazedonien hat den zweiten russischen Diplomaten innerhalb dieses Jahres zur Persona non grata erklärt. Dies teilte der Außenminister des Landes, Bujar Osmani, während einer Pressekonferenz am Dienstag mit, ihn zitieren internationale Agenturen.

Osmani hat hinzugefügt, dass keine weiteren Details bekanntgegeben würden, weil die Informationen einen vertraulichen Charakter hätten. Ihm zufolge ergreife Nordmazedonien alle erforderlichen Maßnahmen und Aktivitäten, um seine Sicherheit und die Sicherheit seiner Verbündeten zu schützen.

Die russische Vertretung betonte, dass der erwähnte Mitarbeiter das Land zehn Tage vor der Ausweisung verlassen habe, weil seine Dienstreise zu Ende gekommen sei. In der diplomatischen Mission hat man hinzugefügt, Russland bereite seine Antwort auf die Entscheidung der mazedonischen Behörden vor.

Im Mai hatte Nordmazedonien noch einen namentlich nicht genannten Diplomaten ausgewiesen.

Aufgrund des Artikels 9 des Wiener Übereinkommens kann „der Empfangsstaat dem Entsendestaat jederzeit ohne Angabe von Gründen notifizieren, dass der Missionschef oder ein Mitglied des diplomatischen Personals der Mission persona non grata oder dass ein

anderes Mitglied des Personals der Mission ihm nicht genehm ist.“ In diesem Fall muss der Entsendestaat die betreffende Person abberufen oder ihre Tätigkeit bei der Mission beenden.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/11/3257260_0:46:1920:1126_1920x0_80_0_0_a30e11685bacab51a32a5db3a0d5fab9.jpg

abends:

de.rt.com: **Teheran: Wir begrüßen friedlichen Machtwechsel in Afghanistan**

Iranische Regierungsvertreter äußerten sich vorsichtig positiv zur Machtübernahme der Taliban im Nachbarland. Oberste Priorität habe jedoch, den Frieden zu sichern. Iran sei bereit, den Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen zu fördern.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi hat am Montag erklärt, dass Iran bei der Wiederherstellung der Stabilität in Afghanistan helfen werde, wie die iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtet. Teheran fordere alle Gruppen dazu auf, im Nachbar- und Bruderland eine nationale Einigung zu erzielen.

In einem Gespräch mit dem Außenminister Mohammed Dschawad Sarif bezeichnete Irans Präsident Raisi vor allem Sicherheit, Stabilität und Wohlstand als Rechte des afghanischen Volkes. Er betonte, dass Iran bei der Wiederherstellung jener Stabilität helfen werde, die Afghanistan heute in erster Linie braucht, und dass er als Nachbar- und Bruderland alle Gruppen einlade, eine nationale Einigung zu erzielen.

Präsident Raisi wies darauf hin, in Teheran sei man der Ansicht, dass eine Herrschaft gemäß dem Willen des unterdrückten afghanischen Volkes immer sicherheitsbildend und stabilisierend war und fügte hinzu, dass Iran sich für die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Afghanistan einsetze, indem man die Entwicklungen in diesem Land beobachte.

Die militärische Niederlage und der Rückzug der USA aus Afghanistan sollten eine Gelegenheit sein, das Leben, die Sicherheit und den dauerhaften Frieden in dem Land wiederzubeleben, betonte er.

Der Sekretär des iranischen Obersten Nationalen Sicherheitsrates, Ali Shamkhani, sagte derweil am Montag, dass Teheran "wie in den letzten 40 Jahren" das afghanische Volk und seinen Willen unterstützen werde.

Saeed Khatibzadeh, Sprecher des iranischen Außenministeriums, erklärte am Montag, dass Iran den friedlichen Machtwechsel in Afghanistan begrüße und hoffe, dass die Probleme in dem Nachbarland durch Dialog gelöst werden können, wie die Agentur Tasnim berichtete.

Auf einer Pressekonferenz am Montag wies Khatibzadeh darauf hin: "Wir verfolgen die Entwicklungen (in Afghanistan) genau und stehen im Kontakt mit allen beteiligten Parteien."

Er verwies auch darauf, dass Iran viele historische und kulturelle Gemeinsamkeiten mit Afghanistan habe und dem muslimischen Volk des Nachbarlandes in allen sensiblen und wichtigen Momenten der Geschichte trotz aller Schwierigkeiten und Einschränkungen immer zur Seite gestanden habe. Wie immer, so fügte er hinzu, werde Iran dem afghanischen Volk in

der gegenwärtigen entscheidenden Phase zur Seite stehen und "seine größtmöglichen Anstrengungen unternehmen, um den Frieden in dem krisengeschüttelten Land zu erreichen", berichtete Press TV.

In Bezug auf die neue Welle von Vertriebenen als Folge der Gewalt in Afghanistan sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums:

"Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft und die betroffenen Institutionen diesem Problem ernsthafte Aufmerksamkeit schenken und insbesondere unter den Bedingungen, die durch die Pandemie infolge des Coronavirus entstanden sind, ihre Pflichten erfüllen und diesen Vertriebenen helfen werden."

Teheran hoffe, dass alle Seiten zusammenkommen, um die bestehenden Probleme durch Dialog und politische Verständigung zu lösen. Die iranische Regierung sei bereit, die Lösung der Probleme Afghanistans durch die Förderung eines innerafghanischen Dialogs zu erleichtern und auch dazu beizutragen, einen regionalen Konsens in der Afghanistan-Frage zu schmieden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611bbb12b480cc0530724e1e.jpeg>